







EUROPAWAHL AM 09.06.2024





VERGLEICH DER WAHLPROGRAMME
(zu Parametern der Agrar- und Ernährungswirtschaft)











				
Leitgedanken der Parteien	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherung Frieden und Wohlstand in Europa. • Keinen Schuldenaufbau • Begrenzung Migration • Garantie Bürgersicherheit 	<ul style="list-style-type: none"> • Starkes Europa • Geeinte Stimme • Zusammendenken von Sozialem, Klima und Wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Konzentration auf EU-Kernaufgaben • Wirtschaftswachstum • Stärkung von Aufstiegschancen • Sicherung von Freiheit 	<ul style="list-style-type: none"> • Erneuerung Wohlstand und Frieden • Gewährleistung von Schutz und Sicherheit
Drei Leitthemen	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheit (EU-Verteidigungsunion und Bekämpfung von Kriminalität), • Freiheit und • Wohlstand (Stärkung Europas Wettbewerbsfähigkeit) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung von Rechtsextremismus • Entlastung der arbeitenden Mitte • Stärkung Europas Verteidigungsfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Abbau Bürokratie • Stärkung von Wirtschaftswachstum und Innovationen durch Freihandel • Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Europas 	<ul style="list-style-type: none"> • Green Deal für Wohlstand und Klimaschutz • Europäischer Mindestlohn von 14,00 Euro • Rechtsstaat zum Schutz der Demokratie und Freiheit
GAP	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung innovativer Techniken und Kooperationen statt Verbote • Ökonomische Säule zum Schutz der Landwirte auf volatilen Märkten, zum nachhaltigeren Wirtschaften und für ein ausreichendes Einkommen • Entflechtung von Direktzahlungen und Umweltleistungen • Sofortiger Belastungsstopp • Fortsetzung und Ausbau des „Strategischen Dialogs“. 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausrichtung und Anpassung der GAP an die Ziele des Europäischen „Green Deals“ • Stärkere Honorierung von öffentlichen Leistungen • Sicherstellung von Einkommen für Landwirte 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Unabhängigkeit der Landwirte von Agrarförderung • Gezieltere Förderung von Investitionen und Innovationen • Abbau der flächenbezogenen Direktzahlungen der 1. Säule schrittweise über einen Zeitraum von 15 Jahren. • Sicherstellung gleicher Standards und gleicher Produktionsbedingungen in allen EU-Ländern. 	<ul style="list-style-type: none"> • Konsequente Entlohnung von Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität und Gesundheit – statt pauschaler flächenbezogener Direktzahlungen für Eigentum an Fläche • Honorierung nach einem Stufen- und Punktesystem • Ökologischer Landbau als Leitbild der europäischen Agrarpolitik

				
Glyphosat-Einsatz	<ul style="list-style-type: none"> Keine pauschale Mengenreduzierung Stärkung von Innovationen und "High Tech" zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. 	<ul style="list-style-type: none"> Kontinuierliche Reduzierung des Einsatzes synthetischer Pflanzenschutzmittel 	<ul style="list-style-type: none"> Keine ideologische Vorverurteilung Keine pauschale Mengenreduzierung Stärkung von Innovationen und "High Tech" zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. 	<ul style="list-style-type: none"> Schnellstmögliches Glyphosatverbot Verpflichtende Steuer auf Pflanzenschutzmittel, sog. „Pestizidabgabe“
Green Deal	<ul style="list-style-type: none"> Neujustierung Green Deal Berücksichtigung Versorgungssicherheit. Abschaffung Stilllegung 4% der Agrarflächen Überprüfung der Taxonomie auf Praxistauglichkeit und im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb. Ablehnung des EU-Lieferkettengesetzes Erfolgs- und Effizienzkontrollen der geplanten Maßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung von Rahmenbedingungen für eine auskömmliche Landwirtschaft Bessere Absicherung der Ernährungssicherung innerhalb Europas unter gleichzeitiger Wahrung der natürlichen Ressourcen und Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien. Ausbau des ökologischen Landbaus mit einem Flächenanteil von 25% in Europa. 	<ul style="list-style-type: none"> Regulierungspause Forderung nach einer Folgenabschätzung der geplanten Maßnahmen Rücknahme von verpflichtenden Flächenstilllegungen 	<ul style="list-style-type: none"> Gleiche Standards für alle Unternehmen auf dem EU-Binnenmarkt. Weltweite Standards für soziale und ökologische Ziele Genügend Ressourcen für Zoll und Marktüberwachung Für mehr Rohstoffsicherheit und Umweltschutz zeitnahe Umsetzung offener Gesetzesvorhaben aus dem Green Deal.

				
Ländliche Räume	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung ländlicher Räume zu „Zukunftsregionen“ durch stärkere Investitionen • Stärkung der Land- und Forstwirtschaft, Bioökonomie, Erneuerbare Energien sowie Tourismus. 	<ul style="list-style-type: none"> • tragfähige Mittelausstattung für die europäische Regionalpolitik • Ab 2028 Erweiterung des europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu einem echten Transformationsinstrument. 	Keine expliziten Angaben	<ul style="list-style-type: none"> • Wiederaufbau einer dezentralen handwerklichen Lebensmittelverarbeitung • Stärkung von regionalen Wertschöpfungsketten • Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe
Tierhaltung / Tierschutz / Tierwohl	Keine Angaben	<ul style="list-style-type: none"> • Konsequente Verbesserung des Tierwohls, z.B. durch eine europaweit einheitliche Kennzeichnungspflicht der Haltungsformen • Tierwohllabel für alle tierischen unverarbeiteten und verarbeiteten Produkte • Max. acht Stunden Transport von Lebewesen • Verbot von Lebewesentransporten in Drittstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Forderung europaweiter Mindeststandards für den Tierschutz • Keine Überforderung kleiner und mittlerer Betriebe 	<ul style="list-style-type: none"> • flächengebundene Tierhaltung • naturgemäße Weidehaltung • Etablierung, Verbesserung und bessere Kontrolle einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards bei Zucht, Haltung, Transport, Tötung und Handel • Ende von Käfig- und Kastenhaltung • deutliche Reduzierung von Lebewesentransporten, eine Begrenzung der Langstreckentransporte auf maximal acht Stunden und ein Ende von Tiertransporten in Drittstaaten • EU-weites Verbot Küekentöten

				
Weidetierhaltung / Wolfsmanagement	<ul style="list-style-type: none"> • Besserer Schutz der Weidetierhaltung durch besseres „Wolfsmanagement“ • Begrenzung Anzahl der Wölfe • Abschuss bei hoher Wolfsdichte 	Keine Angaben	<ul style="list-style-type: none"> • sinnvoll Regulierung der Wolfsbestände. • Senkung des Schutzstatus des Wolfes für die Regionen, in denen ein gesunder Erhaltungszustand erreicht ist. 	Keine Angaben
Digitalisierung	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung von Präzisionslandwirtschaft durch stärkere Investitionen • Europa als Digital- und Datenunion mit einem modernen Wettbewerbsrecht und hochklassiger digitaler Infrastruktur • Flächendeckender Zugang zu 5G in jeder Region 	<ul style="list-style-type: none"> • Digitale Souveränität sicherstellen • Schutz, Vertraulichkeit und Souveränität im digitalen Raum • KI-Modelle mit europäischen Werten • Ein offenes und freies Internet • Entwicklung der Produktionskapazitäten zur Herstellung digitaler Schlüsseltechnologien und Netzwerktechnologien • Förderung und Aufbau von Rechenkapazitäten • verstärkte Einsatz von digitaler Technik, KI und Drohnen in der Landwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines Raumes der Datenfreiheit und der Datensicherheit • Gezielter Einsatz europäischer Forschungsmittel zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur • Ziel eines weitestgehend autarken Europas mit eigenen privaten Cloud-Anbietern und europäischen Datenschutzstandards. • Entbürokratisierung und Weiterentwicklung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkere Nutzung von Potenzialen neuer Technologien und Digitalisierung • Schutz der Rechte von Landwirt*innen zu den von ihnen erhobenen Daten • Ausbau von Breitbandnetzen, Mobilfunknetzen, Knotenpunkten und Rechenzentren

				
Bürokratieabbau	<ul style="list-style-type: none"> • Belastungsstopp für neue EU-Regelungen • Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung • Einrichtung eines unabhängigen Normenkontrollrates zur Messung der Bürokratiekosten • Prinzip „1-in-2-out“. 	<ul style="list-style-type: none"> • verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen • Vereinfachung von Investitionshindernissen, wie langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche Beihilfeprüfungen • Unterstützung von Regionen mit verkürzten und verschlankten Planungs- und Genehmigungsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> • Radikale Rücknahme von Bürokratie • Anwendung des Once-Only-Prinzips für Unternehmen • Durchführung des „Bureaucracy Reduction Act“: Befreiung der Wirtschaft von mindestens 50% der Bürokratielasten. • „One in, two out“-Regel • systematische Erfassung der Bürokratiekosten 	<ul style="list-style-type: none"> • Abbau von Bürokratie durch: • regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen • Vereinfachung von bürokratischen Anforderungen • Streichung von Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen. • Einführung des Once-Only-Prinzips bei der Datenabfrage
Klimapolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaneutralität in Europa bis 2050. • Ausbau innovativer Konzepte und marktbasierter Instrumente • Investitionen in Innovationen für saubere Technologien 	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaneutralität in Europa bis 2050. • Unterstützung, das Reduktionsziel bereits 2040 zu erreichen • Stärkung des europäischen Emissionshandelssystems als einen der größten Hebel zur Senkung der EU-Emissionen. • Ökologischer Umbau der Weltwirtschaft • Aufstockung der internationalen Klimafinanzierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaneutralität in Europa bis 2050. • Effizienter Klimaschutz durch Emissionshandel, mehr Technologieoffenheit und weniger Bürokratie 	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaneutralität bis 2035 • Investition in Energiesicherheit • Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten • Natürliche CO₂-Senken und technologischen Fortschritt nutzen • Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen • Bepreisung von Klimagasen

				
Internationale Wirtschafts- und Handelspolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Start neuer europäischer Freihandelsinitiativen • Verabschiedung von zusätzlichen Freihandelsabkommen nur noch als „reine“ EU-Abkommen. • Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes zu einem zentralen Zukunftsprojekt, insbesondere in den Bereichen Energiepolitik oder Kapitalmarkt • Abbau von Hindernissen im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr 	<ul style="list-style-type: none"> • Weltweite Anpassung der Umweltstandards in der Handelspolitik. • Entwicklung von Mechanismen, die die globalen Produktionsstandards erhöhen. • Weiterentwicklung von Produktionsstandards • Effiziente Umsetzung • Europa als attraktiver Wirtschafts- und Industriestandort • Förderung von Zukunftstechnologien „Made in Europe“ • Schutz des Binnenmarktes vor unfairem Wettbewerb 	<ul style="list-style-type: none"> • Individuelle Erarbeitung und Verhandlung mit Handelsabkommen • Fairer, regelbasierter und verantwortungsbewusster Freihandel • Ausbau eines konsequenten und wettbewerbsfähigen EU-Binnenmarktes 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung einer eigenen und aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik • Wiederaufbau zentraler europäischer Schlüssel- und Zukunftsindustrien • Stärkung und Vertiefung des Binnenmarktes
Energiepolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung aller Erneuerbarer Energien • Gleichwertige Förderung und gleich Rahmenbedingungen für Photovoltaik, Windkraft, Geothermie, Wasserkraft sowie flüssige und feste Biomasse. • Stärkung des Binnenmarktes für Energie • Aufbau und Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Erneuerbaren Energie, insbesondere der Wind- und Solarkraft, um mittel- und langfristig die Stromkosten zu senken. • Vollendung der europäischen Energieunion • Sicherung von internationalen Energiebeziehungen • Verlässliche und bezahlbare Preise für Energie 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame EU-Energieaußenpolitik • Stärkere Energiepartnerschaften mit zuverlässigen Ländern • Schnellerer Ausbau der Energieinfrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> • Energieunion mit effizienter und nachhaltiger Energieversorgung • Steigerung der Energieeffizienz • Massive Investitionen in den Ausbau von Windkraft-, Photovoltaik-, Solar- und Geothermieanlagen, Energiespeichern aller Art sowie Abwärmenutzung und Wärmepumpen

				
Innovationen	<ul style="list-style-type: none"> • Start einer Offensive für Forschung und für Innovation sowie einem starken EU-Forschungsrahmenprogramm. • Fokus auf Innovationsführerschaft und Technologieoffenheit. • Ziel, dass in der EU insg. 3 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung investiert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Ziel ist eine europäisch geeinte Wissens- und Forschungslandschaft mit einem dichten Netz an Kooperationen, gemeinsamen Programmen und gezielt geförderten großen Zukunftsprojekten. 	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als Innovationschampion durch Technologieoffenheit • Bessere Bedingungen für private Investitionen und Gründungen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Forschung an der Weltspitze verankern • Förderung europäischer Start-ups • Unterstützung von Ideen auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis.
Gentechnik	<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Investitionen in neue Züchtungstechniken 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung von Gentechnik im herkömmlichen Sinne. • Ergebnisoffene Prüfung des Einsatzes neuer genomischer Techniken. • Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Produkten gewährleisten. 	<ul style="list-style-type: none"> • Zügige und wissenschaftlich fundierte Zulassungsverfahren neuer Züchtungsmethoden. • Fortschrittsorientierte und klare rechtliche Regelung neuer Züchtungstechniken, wie die Genschere. • Vollständige Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts 	<ul style="list-style-type: none"> • Erforschung von neuen gentechnischen Verfahren in der Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Chancen, Risiken und Folgen.

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSFORUM NORD-WEST E.V.
DRIVERSTRASSE 18
49377 VECHTA

